

- > ABSTIMMUNGEN: 2. GOTTHARDRÖHRE WIDERSPRICHT KLIMASCHUTZZIELEN S. 3
- > GEMEINDEWAHLEN BASELLAND: UNSERE KANDIDIERENDEN IM GESPRÄCH S. 6-7
- > NATIONALRAT: SIBEL ARSLAN ÜBER IHRE ERSTE SESSION IM BUNDESHAUS <u>S. 9</u>

Inhalt und Impressum

- 2 Editorial
- 3 Eidgenössische Abstimmungen
- 6 Wahlen Baselland
- 8 Abstimmungen Basel-Stadt
- 9 Aus den Kantonen: BS
- 10 Partnerschaft
- 11 jgb-Weekend
- 12 Ortssektionen, Arbeitsgruppen, Parolen

Grünwärts – Infobulletin der Grünen Baselland und Basel-Stadt

Herausgeberin: Grüne Baselland und Basel-Stadt, Güterstrasse 83, 4053 Basel

Redaktion: Harald Friedl, Nathalie Martin, Laura Schwab, Martin Stohler, Oliver Thommen

info@gruene-bl.ch sekretariat@gruene-bs.ch

Gestaltung: grafik@sarahmartin.ch

Druck: Seiler Print AG

Gedruckt auf Cyclus Offset, 100% Recycling

Erscheint 4 Mal pro Jahr, Auflage 2450 Ex.

Redaktionsschluss: 24. Dezember 2015

Nächste Ausgabe: Mai 2016

Editorial

AUSBLICK 2016



Das Wahljahr 2015 ist Geschichte und bereits blicken wir auf die nächsten Wahlen: In Baselland wählen wir am 28. Februar 2016 unsere Gemeinde- und Stadträte sowie die Einwohnerrats- und Gemeindekommissionsvertreterinnen. In Basel-Stadt finden in der zweiten Jahreshälfte die Erneuerungswahlen für Regierung und Grossrat statt.

2016 stehen für die Grünen wichtige Sachvorlagen auf der Agenda, begonnen mit der Frage der zweiten Gotthard-Strassenröhre. Hier kämpfen wir für den Erhalt des Alpenschutz-Artikels, der eine Erweiterung der Verkehrskapazität verbietet. Die lang aufgegleiste Verlagerung von der Strasse auf die Schiene entlang der Achse Nord-Süd soll endlich realisiert werden. Bei der sogenannten Durchsetzungsinitiative geht es um den Rechtsstaat sowie um die Glaubwürdigkeit der Schweiz bezüglich der Einhaltung von Menschenrechten. Die Grünen Basel-Stadt und Baselland unterstützen das Manifest für den Rechtsstaat und das demokratische Zusammenleben. Ich empfehle Dir deshalb die Unterzeichnung des Manifestes unter «Manifest-fuer-den-rechtsstaat.ch». Es braucht ein klares Signal gegen die Verschärfungsinitiative der SVP, die unser demokratisches System stark gefährdet. Im Sommer schliesslich wollen wir mit unseren beiden Initiativen für eine Grüne Wirtschaft und für den Atomausstieg auf die Strasse und unsere Basis mobilisieren. In diesem Sinne wünsche ich uns allen ein erfolgreiches grünes Jahr, viel Power und freue mich auf zahlreiche gemeinsame Aktionen in Stadt und Land.

Florence Brenzikofer



KLIMA SCHÜTZEN – NEIN ZUR ZWEITEN GOTTHARDRÖHRE

Eine zweite Gotthardröhre widerspricht der klima- und energiepolitischen Zielsetzung durch das Pariser Abkommen.

Die 21. Klimakonferenz ist kürzlich mit einem rechtlich bindenden Klimavertrag zu Ende gegangen, der als historischer Erfolg gefeiert wird. Alle Länder dieser Welt haben das Pariser Abkommen verabschiedet. Verankert wurde dabei eine Verschärfung des 2-Grad-Ziels auf 1,5 Grad. Die Erderwärmung ist auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen, um wesentliche Risiken des Klimawandels zu vermeiden. Das Abkommen läutet das Ende des fossilen Zeitalters ein, des Zeitalters von Öl, Kohle und Gas. Nun liegt es an den Ländern, die Beschlüsse von Paris umzusetzen und das Klima zu stabilisieren. Der Schweiz kommt dabei als reicher Industriestaat mit einem hohen Pro-Kopf-CO₂-Ausstoss wichtige Rolle zu.

Die Schweizer Klimapolitik ist heute aber ungenügend. Sie reicht schon jetzt nicht, um einen gerechten Beitrag an die Erreichung des 2-Grad-Ziels zu leisten. Noch weniger genügt sie, um das 1,5-Grad-Ziel einzuhalten. Die Schweiz

muss darum das Steuer herumreissen. Sie muss ihre Klimapolitik konsequent am 1,5-Grad-Ziel ausrichten.

Mit dem Bau einer zweiten Gotthardröhre würde das Pariser Abkommen in der Schweiz klar einen Fehlstart erleiden. Eine zweite Gotthardröhre ist mit einer gerechten und ambitionierten Klimapolitik unvereinbar und widerspricht der heutigen und vor allem der künftigen klima- und energiepolitischen Zielsetzung.

Der Verkehr ist in der Schweiz der schwerwiegendste Klimafaktor. Jahr 2011 stammten 38 Prozent der inländischen CO₃-Emissionen aus dem Verkehr. Der schweizerische Anteil an den CO₃-Emissionen des internationalen Flugverkehrs ist dabei nicht eingerechnet. Folglich ist klar, dass sich der CO,-Ausstoss der Schweiz ohne ökologische Verkehrswende nicht markant verringern lässt. Eine der wirkungsvollen Massnahmen zur Reduktion der CO₃-Emissionen des Verkehrs ist die Verlagerungspolitik des Bundes. Deren Ziel ist der Schutz der Alpen vor den negativen Auswirkungen des alpenquerenden Güterschwerverkehrs. Aber auch zum Schutz der Menschen in der dichtbesiedelten Schweiz muss es gelingen, den Verkehr und vor allem dessen erwartetes Wachstum auf die Schiene zu bringen. Die Verlagerungspolitik leistet einen wichtigen Beitrag zur Erreichung des 2-Grad- bzw. 1,5-Grad-Ziels. Bei konsequenter Verlagerung der Gütertransporte auf die Schiene können pro Jahr 175 000 Tonnen CO₂ eingespart werden. Der Bau einer zweiten Gotthardröhre sabotiert aber diese Bemühungen.

Die Verlagerungspolitik geniesst eine grosse Zustimmung der Bevölkerung und wurde in mehreren Abstimmungen gutgeheissen. Im nächsten Juni wird der Gotthard-Basistunnel eröffnet der längste Eisenbahntunnel der Welt. Eine zweite Röhre würde die Investitionen von 24 Milliarden Franken in die NEAT aber vernichten und dabei die Schweizer Verlagerungspolitik untergraben. Doch ohne konsequente Verlagerungspolitik gelingt die ökologische Verkehrswende nicht. Ohne Verkehrswende wird die Schweiz das 1,5-Grad-Ziel wohl kaum erreichen. Deshalb stimme ich am 28. Februar Nein zur zweiten Gotthardröhre.

Anna Ott, Einwohnerrätin Liestal

DURCHSETZUNGSINITIATIVE: NOCH GRÖSSERES ÜBEL ALS AUSSCHAFFUNGSINITIATIVE



Die Umsetzung der Ausschaffungsinitiative schafft diskriminierende und wirtschaftsfeindliche Verhältnisse. AusländerInnen sollen automatisch ausgeschafft werden, wenn sie bestimmte Straftaten begangen oder Sozialhilfegelder missbraucht haben. Die SVP ist mit der konkreten Umsetzung nicht zufrieden und bringt am 28. Februar 2016 eine verschärfte Vorlage zur Abstimmung. Diese Durchsetzungsinitiative ist eine rechtsstaatlich höchst bedenkliche Vorlage.

Die 2010 angenommene Ausschaffungsinitiative sieht vor, dass in der Schweiz ansässige AusländerInnen ihr Aufenthaltsrecht verlieren, wenn sie aufgrund der Begehung eines schweren Delikts verurteilt wurden oder missbräuchlich Sozialhilfe bezogen haben. Das Parlament hat mittlerweile eine Ausführungsgesetzgebung ausgearbeitet, welche den von den InitiantInnen vorgesehenen Ausweisungsautomatismus und die Einreisesperre übernimmt. Vorgesehen ist auch eine Härtefallklausel, welche dem Verhältnismässigkeitsprinzip und den Menschenrechtsgarantien zumindest teilweise Rechnung trägt. Obwohl auch die Vorlage des Parlamentes gegen rechtsstaatliche Prinzipien und gegen das Freizügigkeitsabkommen verstösst, geht sie der SVP zu wenig weit. Mit ihrer Durchsetzungs-

initiative will die Partei sicherstellen, dass ihre Ausschaffungsinitiative ohne Konzessionen an den Rechtsstaat umgesetzt wird.

Die automatische Koppelung der sogenannten Landesverweisung an Straftaten ohne Rücksicht auf das Strafmass und ohne Mindeststrafhöhe ist in vierfacher Hinsicht höchst bedenklich:

- → Erstens stellt sie einen Verstoss gegen die Gewaltenteilung und die Unabhängigkeit der Justiz dar, da diese kein Ermessen im Einzelfall mehr ausüben darf.
- → Zweitens ist die automatische Ausschaffung nicht nur bei schweren Verbrechen vorgesehen, sondern auch bei leichteren Vergehen möglich, wie der Verletzung einer Meldepflicht gegenüber der Sozialhilfebehörde. Im Extremfall könnte bereits bei einem

unrechtmässigen Bezug von Sozialhilfegeldern von 300 Franken eine Ausschaffung erfolgen. Damit wird das Verhältnismässigkeitsprinzip verletzt.
→ Drittens führen beide Vorlagen durch die Einführung eines neuen Tatbestandes des Sozialhilfemissbrauchs zu einer doppelten Diskriminierung von Bedürftigen und AusländerInnen. Bei der Initiative ist zudem besonders heikel,

dürftigen und AusländerInnen. Bei der Initiative ist zudem besonders heikel, dass der neue Straftatbestand in der Verfassung steht und direkt anwendbar sein soll. Je nach Auslegung gilt dieser nur für AusländerInnen, womit ein undemokratisches Zweiklassen- bzw. Sonderstrafrecht für diese geschaffen würde.

→ Viertens räumt sich die Durchsetzungsinitiative selbst den Vorrang gegenüber dem nicht zwingenden Völkerrecht ein und akzeptiert einzig das völkerrechtlich zwingende Non-Refoulement-Gebot, wonach niemand in ein Land ausgeschafft werden darf, wo ihm Folter droht. Dies führt zu einer problematischen Rechtsunsicherheit, und es ist abzuwarten, inwiefern das Bundesgericht die Initiative im Kollisionsfall verfassungs- und völkerrechtskonform auslegen wird.

Die SVP-Initiative ist mit einer freiheitlich-demokratischen Rechtsordnung nicht vereinbar und ist daher abzulehnen. Es darf aber nicht übersehen werden, dass auch die Umsetzungsvorlage des Parlaments, die immerhin für persönliche und familiäre Härtefälle den Gerichten ein Ermessen einräumt. rechtsstaatliche Grundsätze und das Freizügigkeitsabkommen missachtet. Bei diesen trüben Aussichten ist es nur ein kleiner Trost, dass die Mehrheit der baselstädtischen Bevölkerung umsichtig war und schon die Ausschaffungsinitiative im Jahr 2010 abgelehnt hat.

Nora Bertschi, Grossrätin Michelle Lachenmeier, Strafrichterin

(Quelle: Matthias Bertschinger, «Sozialmissbrauch» führt zu automatischer «Ausschaffung» – darf das Volk alles? Rechtspolitische Abhandlung, Jusletter 14. Dezember 2015)

NEIN ZUR INITIATIVE DER CVP «FÜR EHE UND FAMILIE – ABSCHAFFUNG DER HEIRATSSTRAFE»

Die CVP möchte mit ihrer Initiative, dass die Bundesverfassung im Art.14 Abs. 2 (neu) wie folgt geändert wird: «Die Ehe ist die auf Dauer angelegte und gesetzlich geregelte Lebensgemeinschaft von Mann und Frau. Sie bildet in steuerlicher Hinsicht eine Wirtschaftsgemeinschaft. Sie darf gegenüber andern Lebensformen nicht benachteiligt werden, namentlich nicht bei den Steuern und den Sozialversicherungen.» In der Schlussabstimmung empfahlen beide nationalen Räte Volk und Ständen, die Volksinitiative abzulehnen, der Nationalrat mit 107 zu 85 Stimmen, der Ständerat mit 25 zu 20 Stimmen. Die Grünen lehnten die Initiative zusammen mit der FDP,

SP, GLP und auch der jungen CVP ZH (!) ab, da mit der Annahme eine Individualbesteuerung von Ehepaaren ausgeschlossen und eine Definition der Ehe in der Verfassung verankert würde. Es ist völlig unverständlich, warum die CVP die aktuelle Ehedefinition in den Initiativtext aufgenommen hat, zumal sie immer wieder betont, mit der Initiative profitierten auch eingetragene Paare.

Mit der heutigen Verfassungsbestimmung kann man, wie Frau Widmer-Schlumpf Ende November sagte, die Eheschliessung gleichgeschlechtlicher Paare ermöglichen. Nach der Annahme der Initiative ginge das nicht, ohne wieder die Verfassung zu ändern. Wer die

Ehe für alle (parlamentarische Initiative der GLP) unterstützt, lehnt die CVP-Initiative ab. Notabene werden heute schon in vielen Kantonen Verheiratete nicht stärker zur Kasse gebeten als Konkubinatspaare.

Cornelia Birchmeier, Grüne Basel-Stadt

MIT ESSEN SPIELT MAN NICHT!



Die Spekulationsstopp-Initiative, welche von einem breiten Bündnis von SP, Grünen, Hilfswerken und Bauern und christlichen Organisationen getragen wird, verlangt den Stopp von Preisspekulation bei Lebensmitteln. Lebensmittelspekulation kann zu extremen

Preisanstiegen für lebensnotwendige Nahrungsmittel und damit zu Hungersnöten führen. 2007/2008 und nochmals im Jahre 2011 kam es zu weltweiten Hungerkrisen, welche durch Spekulation verursacht wurden.

Die Schweiz als wichtiger Finanzplatz

sollte sich nicht zum Handlanger des Hungers machen und der Spekulation mit Nahrungsmitteln einen Riegel schieben. Diverse Unternehmen, wie z.B. die Credit Suisse oder der AHV-Fonds zeigen sich verantwortungsbewusst und sind deshalb aus der Nahrungsmittelspekulation ausgestiegen. Nahrungsmittel sind kein Produkt wie jedes andere. Sie sind unsere Lebensgrundlage, und deshalb müssen strengere Regeln gelten. Die Gefahr, dass Spekulation Preise explodieren lässt und zu Hunger führt, dürfen wir nicht in Kauf nehmen. Mit Essen spielt man nicht!

Klaus Kirchmayer, Fraktionspräsident Grüne Baselland

GEMEINDEWAHLEN BASELLAND

GRÜNE IM GEMEINDERAT

Wie bringt man sich ein als grüne Gemeinderätin oder grünen Gemeinderat? Wo kann man Akzente setzen? Die Grünen haben sich bereits in vielen Gemeinden des Baselbiets im Gemeinderat bewiesen und konnten langjährige Erfahrungen gewinnen. Grünwärts porträtiert zwei neue Gemeinderatskandidierende.

RAHEL BÄNZIGER



Rahel, du bist Landrätin, langjährige Einwohnerrätin und hast eben erst dein Jahr als Einwohnerratspräsidentin von Binningen beendet. Wie sieht die Arbeit in der Gemeindepolitik aus?

Rahel Bänziger: Als kleine Partei kann man in der Gemeinde nur mit Hilfe anderer Parteien gewinnen. Deshalb ist es zentral, sachlich zu diskutieren, Allianzen zu schmieden und einen Konsens zu finden. Dies ist gelungen zum Beispiel beim Polizeireglement und der familienergänzenden Betreuung, wo ich als Präsidentin der Spezialkommissionen wirken konnte.

MARCO AGOSTINI



Marco, du startest neu in die Gemeindepolitik und kandidierst als Gemeinderat in Pfeffingen. Wo siehst du ein konkretes Projekt, das du angehen willst?

Marco Agostini: In Pfeffingen wird ab 2017 das neue Schulhaus gebaut. Ein wichtiges Projekt für Pfeffingen, wo es auch um viel Geld geht. Mein Anliegen wird sein, dass einerseits die Finanzen dabei nicht aus dem Ruder laufen und andererseits die Ökologie nicht unter dem Finanzdruck leiden muss. Obwohl eine Gas- und Ölheizung rund 500 000 Fr. günstiger wäre, werde ich mich dafür einsetzen, dass auf jeden Fall eine Pelletheizung eingebaut wird.

WER KANDIDIERT WO?

GRÜNE GEMEINDE[.] RATSKANDIDATINNEN IM BASELBIET:

ARLESHEIM (Frischluft)

Ursula Laager (bisher), Daniel Wyss (bisher), Felix Berchten

BINNINGEN

Rahel Bänziger

BÖCKTEN

Loris Schwärzler

LIESTAL

Lukas Ott, (Stadtpräsident,

bisher)

MÜNCHENSTEIN

Sergio Viva

MUTTENZ

Joachim Hausammann (bisher)

OBERWIL

Christian Pestalozzi (bisher)

RAMLINSBURG

Balint Csontos (bisher)

PFEFFINGEN

Marco Agostini

PRATTELN (Unabhängige und

Grüne Pratteln)

Roger Schneider

SISSACH (Stechpalme)

Peter Buser (Gemeindepräsident, bisher), Robert Bösiger

GEMEINDEPOLITIK: AUS EINWOHNERRAT UND GEMEINDEKOMMISSIONEN

Im Baselbiet gibt es fünf Gemeinden, die einen Einwohnerrat stellen. Alle anderen organisieren sich mit Gemeindekommissionen. Die Ortssektionen der Grünen Baselland waren gleich nach den Nationalratwahlen wieder aktiv und haben Listen zusammengestellt, Flyer gestaltet und den nächsten Wahlkampf vorbereitet. In diesem Grünwärts gibt es grüne Stimmen aus den Einwohnerratsgemeinden Liestal, Allschwil und Binningen.

MERET FRANKE, LIESTAL



Das Jahr als Präsidentin des Einwohnerrats Liestal bedeutet für mich einen Perspektivenwechsel. Mein Fokus liegt in diesem Jahr bei den politischen Abläufen und weniger beim Inhalt.

Mein Ziel sind gute, konstruktive Sitzungen. Noch wichtiger, als Abstimmungen zu gewinnen, ist für mich in diesem Jahr ein reibungsloser Sitzungsverlauf... obwohl, wenn wir Grünen Abstimmungen gewinnen können, freut mich das auch!

UELI KELLER, ALLSCHWIL



Wie im Kanton so dauert auch in Allschwil die Umstellung von «immer noch mehr» auf «einfach besser Leben» noch länger. Wenn es beispielsweise um Frühförderung oder Tagesbetreuung geht, läuft für mich als einzig verbliebener Grüner im Allschwiler Einwohnerrat oft das Spiel «1 gegen 39». Trotzdem kandidiere ich erneut. Weil ich mich für eine Gemeindeentwicklung einsetzen will, die wir uns ökologisch und ökonomisch leisten können. Hoffentlich werden es wieder mehr Grüne sein, die dies für Allschwil im Einwohnerrat tun.

RAHEL BÄNZIGER, BINNINGEN



Es braucht mehr Grün in der bürgerlichen Übermacht im Einwohnerrat. Ich freue mich, in den grossen anstehenden Projekten noch mehr Grün einzubringen: bei der nachhaltigen Entwicklung im Wohnungsbau und beim Gewerbe, bei der Schulraumplanung, der Erhaltung von Grünflächen und der Verdichtung sowie bei der Bewältigung der Verkehrsprobleme. Ziel ist ein attraktives Dorfzentrum mit Langsamverkehr und einem aktiven Dorfleben.

WAS IST GRÜNE GEMEINDEPOLITIK?



Think global – act local. Wer sich an Erfolgen vor der eigenen Haustüre freut, dem kann ich ein Engagement auf Gemeindeebene sehr empfehlen. Es gibt überall Möglichkeiten, einen grüneren Kurs einzuschlagen: ein Ortsbus, Tempo 30, familienergänzende Kinderbetreuung, Schulwegsicherheit, Biotop, Hochstammbäume, Jugendarbeit... Am einfachsten ist dies in der Exekutive, im Gemeinderat. Aber auch im Einwohnerrat, in der Gemeindekommission, im Schulrat oder der Sozialhilfebehörde ist man dort, wo Entscheide gefällt werden. Nach mehr als 20 Jahren Gemeindepolitik, zuletzt als Gemeindepräsidentin von Oberwil, kann ich versichern, dass sich das Engagement auch für mich persönlich gelohnt hat. Ich habe viele Menschen und unsere Region kennen gelernt, Kleines und Grösseres bewirken können. Ich möchte Euch Mut machen: Engagiert Euch in der Gemeinde, Ihr könnt das!

Lotti Stokar, Landrätin und Gemeindepräsidentin Oberwil

→ Weitere Einwohnerratsgemeinden mit Grünen (oder Partner-) Listen: Pratteln und Reinach

ABSTIMMUNGEN BASEL-STADT

BODEN BEHALTEN, ZUKUNFT MITGESTALTEN



Die «Neue Bodeninitiative (Boden behalten und Basel gestalten!)» ist bestechend: Das Land, das im Besitz des Kantons ist, soll diesem erhalten bleiben. Landverkäufe müssen über Landzukäufe in gleicher Menge und in gleicher Standortqualität ausgeglichen werden. Somit wird sichergestellt, dass die Bevölkerung auch künftig über die Nutzung des Bodens mitbestimmen kann.

Die «Neue Bodeninitiative» ist ein Unikum, denn sie entspricht eins zu eins dem Gegenvorschlag, den die Regierung der ersten Bodeninitiative von 2012 entgegenhielt. Der Gegenvorschlag gab die kantonale Immobilien-Strategie wieder, die vorgibt, dass die Einwohnergemeinde Basel grundsätzlich keinen Boden verkaufen und Liegenschaften nur im Baurecht abgeben soll. Der Gegenvorschlag überzeugte die Initianten der ersten Bodeninitiative, nicht aber die Mehrheit im Grossen Rat, die den Gegenvorschlag äusserst knapp versenkte. Die Initianten – Wohnbaugenossen-

schaften und Stiftungen – beschlossen in der Folge, dem Gegenvorschlag zum Durchbruch zu verhelfen, indem sie ihre Bodeninitiative zurückzogen und den Gegenvorschlag buchstabentreu nochmals lancierten. Mit diesem Vorgehen wollen sie die Basler Immobilienstrategie gesetzlich verankern.

Heute gehören 40 Prozent des Bodens in Basel-Stadt der öffentlichen Hand. Diese Areale werden von Immobilien Basel-Stadt verwaltet und bewirtschaftet. Sie kann diese auch im Baurecht an private Institutionen vergeben. Im Jahr 2014 war dies bei rund 600 Arealen der Fall mit Einnahmen von rund 40 Millionen Franken für den Kanton. Die Bodennutzung im Baurecht erlaubt künftigen Generationen nach Vertragsablauf, in der Regel nach 100 Jahren, auf demokratischem Weg zu entscheiden, was mit dem Kantonsboden gemacht wird. Mit der Annahme der «Neuen Bodeninitiative» wird also sichergestellt, dass wichtige Flächen für Erholung, Wohnen sowie Gewerbe und Industrie langfristig gesichert bleiben und der Kanton auch in Zukunft an den Wertsteigerungen des Bodens teilhaben kann.

Harald Friedl, Vizepräsident Grüne Basel-Stadt

JA FÜR EINE FREIE WAHL ALLER WAHLPFLICHT-FÄCHER AN DER SEK I

Auf Grund der Schulharmonisierung werden die OS und WBS aufgelöst und es entsteht die Sekundarschule I (Sek I). Diese umfasst die drei letzten obligatorischen Schuljahre. Neu wurden für die Sek I sieben Wahlpflichtfächer geschaffen. Aus diesen müssen alle Schülerinnen und Schüler zwei wählen. Bei dieser Wahl können alle frei aussuchen, ausser die Schülerinnen und Schüler aus dem P-Zug (höchstes Leistungsniveau). Diese Einschränkung der Wahlmöglichkeit für das Niveau P möchte die Initiative der Freiwilligen Schulsynode (FSS) aufheben. Sie verlangt eine Gleichbehandlung aller SchülerInnen an der Sek I, unabhängig vom besuchten Leistungszug. Denn diese ungerechte und einschränkende Regelung hätte nicht nur an der Sek I eine drastische Abnahme des Kunstunterrichts zur Folge, sie würde auch dazu führen, dass die Kunstfächer an den Gymnasien aus dem Schwerpunktbereich verschwinden. Dieser Abbau kann kaum der Wille der Basler Stimmbevölkerung sein, die am 23. September 2012 den Bundesverfassungsartikel zur Förderung der musikalischen Bildung mit 82% Ja-Stimmen annahm. Aus diesen Gründen und als Mitglied des Initiativkomitees empfehle ich die Annahme der Initiative. Damit alle Schülerinnen und Schüler im Sommer 2016 mit ihrem Start an der Sek I ohne Einschränkungen aus den Wahlpflichtfächern wählen können.

Thomas Grossenbacher, Grossrat

VERFASSUNGSÄNDERUNG: ERWEITERTES PARLAMENTARISCHES INSTRUMENT

Mit der vorliegenden Verfassungsänderung soll ein parlamentarisches Instrument der Motion erweitert werden, um das Parlament gegenüber der Regierung zu stärken. Heute kann der Grosse Rat mit einer Motion den Regierungsrat beauftragen, einen Entwurf für eine Gesetzesänderung vorzulegen, er hat aber keinen Einfluss auf Verordnungen

oder Massnahmen, die vollständig in der Kompetenz der Regierung liegen. Der Grosse Rat kann also eine Massnahme nur durchsetzen, indem er das entsprechende Gesetz ändert. Neu soll dem Regierungsrat mit einer Motion auch ein verbindlicher Auftrag für eine Massnahme erteilt werden können. Davon ausgenommen sind Zuständigkeiten des

Regierungsrates, die in der Verfassung festgeschrieben sind, sowie Einzelfallund Beschwerdeentscheide. Der Grosse Rat und die Fraktion Grünes Bündnis haben dem Vorschlag mit grossem Mehr zugestimmt.

Elisabeth Ackermann, Co-Präsidentin Grüne BS

ERSTE SESSION: EIN BERICHT AUS BERN



Die neue Legislatur hat intensiv angefangen. Der erste Tag als neugewählte Nationalrätin war sehr spannend. Es war ein besonderes Gefühl, den Nationalratssaal zu betreten, den eigenen Platz zu suchen und andere Parlamentarier-Innen kennenzulernen. Begleitet wurde ich an jenem Tag von meinen Eltern, meinem Freund, Anita Lachenmeier und Urs Müller. Die Vereidigung hat mich dann sehr berührt. Es kam mir in den Sinn, wie ich als kleines Mädchen in die Schweiz kam und kein Wort Deutsch konnte.

Leider ist bereits an der Sitzordnung ersichtlich, dass Rot-Grün in der Minderheit ist. Bereits bei der Budgetdebatte sollten wir dies zu spüren bekommen. Die Rechte wollte besonders beim Personal kürzen, was wir jedoch verhindern konnten. Für die Bauern hingegen schüttete die rechte Mehrheit zusätzlich 100 Millionen Franken aus.

Die SVP verlangte eine Sonderdebatte zur Flüchtlingskrise. Als einzigen Punkt forderte sie die Wiedereinführung der systematischen Grenzkontrolle. Da diese Forderung nicht umsetzbar ist, wurde sie abgelehnt. Hingegen kamen zwei unserer Anträge durch: Griechenland und Italien sollen vermehrt unterstützt und die Hilfe vor Ort für Flüchtlinge des syrischen Bürgerkrieges verstärkt werden.

Unsere Initiative für eine «Grüne Wirtschaft» wurde nach einer langen Debatte leider deutlich abgelehnt. Am gleichen Tag wurde das «Komitee Ja zur Grünen Wirtschaft» mit verschiedenen Parteien und Organisationen gegründet und bereits nach der Schlussabstimmung im Nationalrat am 18. November wurde die Abstimmungskampagne gestartet.

Ich bin in die Kommission für Rechtsfragen und in die aussenpolitische Kommission gewählt worden. Zudem bin ich in der ausserparlamentarischen Gruppe für Entwicklungszusammenarbeit. Die ersten Kommissionssitzungen werden im Januar 2016 stattfinden. Die Schwerpunkte meiner Arbeit im Nationalrat werden sozialpolitische Themen und Grundrechte sein.

Im neuen Jahr warten viele Herausforderungen auf uns wie die Abstimmung zur Durchsetzungsinitiative, welche eine Verschärfung der Ausschaffungsinitiative ist. Zudem brauchen wir für unsere Kampagne für eine «Grüne Wirtschaft» jede einzelne Unterstützung. Ja, wir sind im Parlament weniger geworden und gerade deshalb ist das Engagement jedes einzelnen sehr wichtig. Packen wir es weiterhin gemeinsam an.

Sibel Arslan, Nationalrätin Bündnis Grüne BastAl

ES HAT SICH GELOHNT



Basel-Stadt verfolgt seit Jahren eine fortschrittliche Energie- und Umweltpolitik. Bereits 1983 wurde das erste kantonale Energiegesetz zur Förderung der Energieeffizienz. Bis heute ist Basel schweizweit führend im Bereich der Klima- und Energiepolitik und verfügt über konkrete Programme und Massnahmen, um diese Rolle auszubauen. Es war deshalb eine grosse Ehre, dass auch Basel-Stadt zum «Climate Summit for Local Leaders» am 4. Dezember nach Paris eingeladen wurde – die weltweit grösste Versammlung lokaler RegierungsvertreterInnen organisiert von den Städte-Netzwerken «C40» und «Compact of Mayors», welche sich für eine nachhaltige Entwicklung einsetzen. Mit diesem wichtigen Anlass demonstrierten Städte ihre Unterstützung für ein verbindliches, internationales Abkommen zur effektiven Dies im Sinne von «think global – act local». Denn Städte sind wichtige Orte, um pragmatisch und mit viel Bürgerengagement die Bekämpfung Die Tage in Paris waren eindrücklich und das Engagement der «Local mich, dass im Rahmen des Paris-

Guy Morin, Regierungspräsident des Kantons Basel-Stadt

Abkommens die Begrenzung der

1,5° C beschlossen wurde.

globalen Erwärmung auf möglichst



Die Regierungen beider Basel haben mit dem sogenannten Partnerschafts-Deal einen sehr überraschenden Schritt getan.

Nach dem ersten Staunen und in Basel-Stadt auch Leer-Schlucken darüber. dass Basel-Stadt 80 Millionen Franken ans Baselbiet zahlen soll, stellten viele fest, dass der Deal ein sehr pragmatischer Vorschlag ist, um die wichtigen Institutionen nicht zu gefährden. Die Regierungen beider Basel haben mit dem sogenannten Partnerschafts-Deal einen sehr überraschenden Schritt getan. Nach dem ersten Staunen und in Basel-Stadt auch Leer-Schlucken darüber, dass Basel-Stadt 80 Millionen Franken ans Baselbiet zahlen soll, stellten viele fest, dass der Deal ein sehr pragmatischer Vorschlag ist, um die wichtigen Institutionen nicht zu gefährden. Nüchtern betrachtet, muss man festhalten, dass das Baselbiet zum Teil selbstverschuldet in einer finanziellen Klemme steckt, während Basel-Stadt floriert. Aber auch der Stadtkanton kann ohne die Partnerschaft mit dem Baselbiet nicht funktionieren. Dass in einer echten Partnerschaft jede/r das gibt, was sie/er kann, und die Stärkere dem Schwächeren hilft, ist selbstverständlich. Hier könnte nun eine weitere

Grundsatzdiskussion zur Fusion der beiden Basel geführt werden, aber leider kann man diese nach der verlorenen Abstimmung im Moment nicht ernsthaft wieder aufgreifen.

Die finanzielle Schieflage des Baselbiets gefährdet wichtige Institutionen. Sowohl bei der Uni, der Fachhochschule und beim Theater sprechen wir nicht von «Nice to have»-Einrichtungen, sondern von Institutionen, die für die gesamte Region sehr wichtig sind. Beide Kantone würden sehr leiden, wenn diese Institutionen kaputtgespart würden. Es ist augenfällig, dass eine Region wie unsere, die hochspezialisierte Fachkräfte benötigt, eine sehr gute Voll-Universität braucht. Viele Firmen würden die Region verlassen, wenn die Ausbildungsmöglichkeiten beschränkt würden. Aber auch die Kultureinrichtungen sind einerseits für die Bevölkerung und andererseits auch für den Standort Basel sehr wichtig. Essenziell ist die Zusammenarbeit auch in der Gesundheitsversorgung: Eine sinnvolle Spitalplanung kann nur gemeinsam erfolgen.

Wir hier in unserer überschaubaren Region sind zu oft mit uns selber beschäftigt und damit, wer nun wem und warum Geld gibt oder auf welchem Territorium welche gemeinsame Einrichtung steht. Dabei dreht sich die Welt um uns immer schneller und sie fragt nicht nach unseren lokalpatriotischen Befindlichkeiten. Ist es tatsächlich so relevant, ob ein Bereich der Uni Basel auf Allschwiler oder Muttenzer Boden steht? Ob wir es als Region Basel wollen oder nicht, auch wir bewegen uns in einer globalisierten Welt.

Mit dem Partnerschafts-Deal werden die Universität, das Theater und verschiedene kleinere Kulturinstitutionen für vier Jahre gesichert und die gemeinsame Spitalplanung kann an die Hand genommen werden. In diesen vier Jahren müssen aber von den Regierungen Lösungen erarbeitet werden, die auch nachher funktionieren. Es darf nicht sein, dass wir in vier Jahren wieder am gleichen Punkt stehen wie heute.

Wir können nicht ohne einander und das ist auch gut so. Es ist die Aufgabe der Politik, Lösungen zu präsentieren für reale Probleme. Sich dabei auf einen pragmatischen Weg zu begeben, ist sicher nicht verkehrt. Auch in der Partnerschaft der beiden Basel und ihrer Nachbarn müssen sich nachhaltige Modelle etablieren, zum Wohle aller, das ist gelebte kluge, auch grüne Politik.

Elisabeth Ackermann, Grossratspräsidentin (2015/16) Philipp Schoch, Landratsvizepräsident



Austauschmöglichkeiten ausserhalb von Sitzungen generieren, auf neue Ideen kommen, sich endlich mal mit Grundlegendem auseinandersetzen können. Aber auch Zeit miteinander verbringen, lang ersehnte Diskussionen über kleinere, weniger aktuelle Themen führen können – das alles führte zum zweiten jgb-Weekend überhaupt in unserer noch nicht ganz so langen, aber auch nicht allzu kurzen Geschichte.

Schon kurz nach der Ankunft in einem äusserst typischen Lagerhaus (in Ormalingen, BL) setzten wir uns in Gruppen zusammen, um Anliegen, Interessen und Ideen aufs Papier zu bringen. Niedergeschrieben wurde viel. Es ging um das grosse Ganze, wie zum Beispiel die Wirtschaft, das Klima oder das Sozialsystem, aber auch um das Kleine, wie die Waldenburgerbahn oder die schulische Musikförderung.

In der Vielfalt an Beiträgen hätten wir uns verlieren können. Doch durch ein demokratisches Abstimmungsverfahren gelang es uns schliesslich, Schwerpunkte zu setzen, welche wir in den nächsten Jahren angehen wollen.

Auch der organisatorische Aspekt kam nicht zu kurz. Was gehört in den Aufgabenbereich unseres Vorstands? Welche Aktivitäten möchten wir ausbauen? Wie viel Struktur brauchen wir?

Abgerundet wurde das Weekend mit einem Filmabend zur Klimaerwärmung und einem sonntäglichen Frühstück mit der BastA! als Gast.

Die hitzigsten Diskussionen entstanden, als im Rahmen eines abendlichen Zeitvertreibs fiktive Bürgermeisterwahlen anstanden. «Früh übt sich», dachten sich die meisten wohl und legten sich schnell passende Wahl-Argumente zurecht. Weitere Aktivitäten wie Schwedenschach (Kubb) oder ein spontanes Fussballspiel ermöglichten uns die Ausarbeitung politisch wichtiger Fähigkeiten wie Zielstrebigkeit oder Ausdauer. Und das Kochen zwischendurch förderte unseren Sinn für Kreativität...

Auch wenn alles genau so war, wie eben beschrieben, so fehlt diesen Darstellungen ein gewisses Mass an Authentizität. Denn wir waren kein durchorganisiertes Team mit klarem Stundenplan. Aber es war auch kein Weekend des süssen Nichtstuns. Vielmehr war es eine adäquate Mischung von beidem und das verdanken wir auch der grossartigen spontanen Organisation unseres Präsidiums.

Reja Wyss, Vorstand jgb

Ortssektionen und Arbeitsgruppen

NEUES CO-PRÄSIDIUM IN LIESTAL



Roman Schmied tritt als Co-Präsident der Grünen Liestal zurück, neu wird Erika Eichenberger neben Maria Dick-

son im Präsidium sein. Wir freuen uns über den unkomplizierten Wechsel – und wünschen den motivierten Grünen in Liestal alles Gute.

Nathalie Martin, Geschäftsführerin Grüne BL

VOLLGELDINITIATIVE

Christoph Pfluger stellt in Sissach sein Buch «Das nächste Geld!» vor. Er erzählt über die Hintergründe dieser Geldwelt, über mögliche Szenarien, über VerliererInnen und GewinnerInnen. Er blickt auch in die Zukunft, überlegt, was ich als Einzelner tun kann, was wir als Gemeinschaft tun müssen.

Vortrag, Lesung und Diskussion: 29. Februar 2016, 19.30 Uhr, Café Bistro Cheesmeyer in Sissach, Hauptstrasse 55 Mehr Info: http://edition.zeitpunkt.ch/

NEUE ORTSSEKTION IN BIRSFELDEN



Oliver Brüderli übernimmt das Präsidium in der neu gegründeten Ortssektion in Birsfelden – darauf haben wir

nach der Mitgliederversammlung im Roxy angestossen. Viel Erfolg für die Grüne Politik in Birsfelden!

Nathalie Martin, Geschäftsführerin Grüne BL

GRÜN IST GRÜN

Bisweilen fragt man sich, was der Name einer Partei noch mit deren Programm zu tun hat, obwohl dies in vielen Fällen deutlich ist. Grüne setzen sich für Umweltanliegen ein. In Riehen zuletzt mit einem überwiesenen Anzug, dass das Stettenfeld grün bleiben soll, aber darunter Gewerberäume geschaffen werden dürfen.

So wie die Grünen grün, müsste die CVP christlich sein. Nicht wie die Grünen sprach sich diese aber sowohl gegen eine Erhöhung des Riehener Beitrags für Entwicklungszusammenarbeit um rund 160000 Franken pro Jahr aus. Sie wollte auch nicht, dass Riehen mit seinem sehr knappen Wohnraumangebot Container für Flüchtlinge bereitstellt. Offenbar finden die Christen, die Flüchtlinge seien in Zivilschutzanlagen genügend gut untergebracht. Wofür das C in CVP noch steht, ist mir ein Rätsel. Zum Glück lässt sich grün eindeutig von braun und grau unterscheiden.

Andreas Tereh, Einwohnerrat Riehen

GROSSRATSWAHLEN



Am 23. Oktober wird in Basel-Stadt der Grosse Rat und die Regierung gewählt. Für die Grossratswahlen sind wir auf deine Unterstützung angewiesen. Möchtest du selbst kandidieren oder kennst du eine valable Person, willst du beim Wahlkampf mithelfen oder uns finanziell unterstützen? Dann melde dich unter: sekretariat@gruene-bs.ch.

AG-LEITERIN GESUCHT

Interessierst du dich für regionale Verkehrsthemen oder für Stadtentwicklung? Wir suchen eine Person, welche die bikantonale Arbeitsgruppe Verkehr und Stadtentwicklung leitet. Für weitere Auskünfte melde dich unter: sekretariat@gruene-bs.ch.

PAROLEN 28. FEBRUAR

EIDGENÖSSISCHE VORLAGEN

- → Nein zur zweiten Gotthardröhre
- → Nein zur Durchsetzungsinitiative
- → Nein zur CVP-Initiative
- → Ja zur Spekulationsstoppinitiative

KANTONALE VORLAGENBASEL-STADT

- → Ja zur neuen Bodeninitiative
- → Ja zur Wahlpflichtfachinitiative
- → Ja zur Erweiterung der Parlamentarischen Instrumente

AGENDA

28. Feb.: Abstimmungssonntag und Gemeindewahlen BL

29. Feb.: Nächstes Geld, Sissach, siehe Artikel links

26. April /23. August / 18. Oktober Mitgliederversammlungen 2016 Grüne Basel-Stadt

13. April / 16. August / 17. Oktober Mitgliederversammlungen 2016 Grüne Baselland

DAS LETZTE

Wir danken den Medien für ihre Rücktritt-Berichterstattung: Nun wissen wir, dass man ausser Mirjam Ballmer niemanden von uns kennt und – Logik bitte ausschalten – diese Unbesind. Zum Glück zeigt uns die grösste Partei, wie man es besser macht: Diese hatte nicht nur ein sensationelles Dreierticket für die Bundesratswahl, auch bis ganz unten versammeln sich die fähigsten Köpfe: So hat der Glarner im Aargau, nachdem das Gemein-Politik stoppte, die Rädelsführerin mit einer Klage bedroht. Hat sie doch nicht genehme Argumente eingebracht (Initiative gegen Fremde Meinungen bereits in Planung). Für uns inkompetente Grüne ein leuchtendes Beispiel. Falls auch du dich inkompetent genug fühlst, kannst du gerne unter unsere dünne Personaldecke kommen. Denn bei uns können alle mitmachen, du musst nicht so kompetent sein wie Glarner.